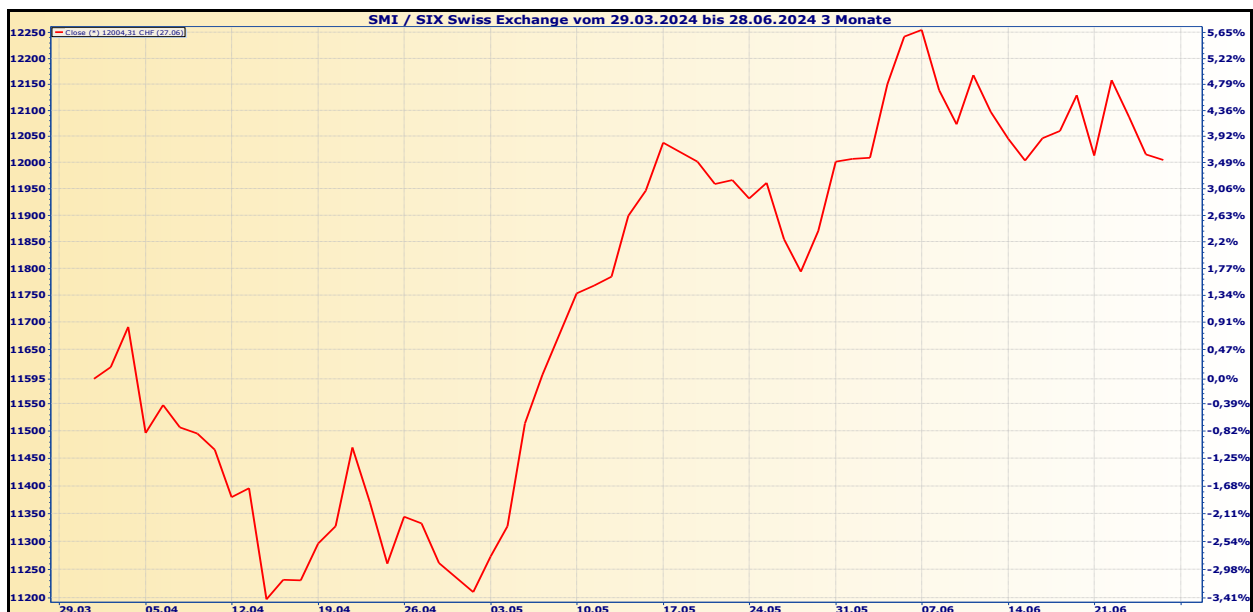




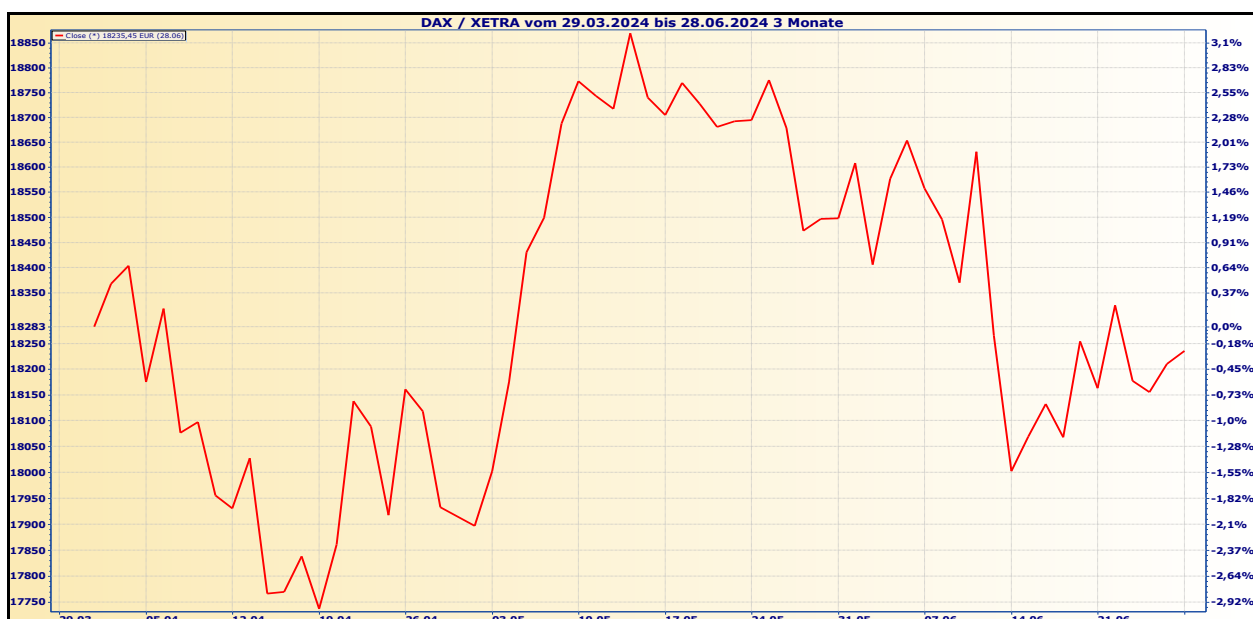
## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für den **Aktienmarkt** in der Schweiz (Anteil von 59 Prozent am Aktienvermögen beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds und 22 Prozent beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds) gab es im **zweiten Quartal** erneut einen leichten Anstieg. Der **SMI** stieg in den letzten drei Monaten um gut drei Prozent von rund 11.600 Punkte auf knapp 12.000 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Im Gegensatz dazu verlor der Deutsche Aktienindex **DAX** leicht (Anteil am Aktienvermögen von 14 Prozent beim *Schmitz & Partner Offensiv* Fonds). Er fiel im zweiten Quartal von 18.300 Punkten auf 18.200 Punkte:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Am Schweizer **Rentenmarkt** veränderte sich die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen nur unwesentlich und gab minimal von 0,64 Prozent auf 0,59 Prozent nach. Im Vergleich dazu stiegen am Rentenmarkt in Deutschland die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen leicht von 2,3 Prozent auf 2,5 Prozent.

Anfang Juni hat die Europäische Zentralbank zum ersten Mal seit dem Jahr 2019 die Leitzinsen gesenkt, und zwar um einen Viertelprozentpunkt. Und dass, obwohl die Teuerung seit März nicht mehr weiter zurückgeht. Im Mai hat die Inflationsrate sogar wieder zugelegt. Angetrieben von den Dienstleistungspreisen kletterte die Teuerung von 2,4 auf 2,6 Prozent. Auch die Kerninflation legte zu, aus der die volatilen Preise für Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak herausgerechnet werden. Notenbanker beachten die Kerninflation derzeit besonders, weil sie als Indiz für den in der Wirtschaft herrschenden Preisdruck gilt. Sie kletterte im Mai von 2,7 auf 2,9 Prozent und lag auch im Juni auf diesem Niveau.

Damit liegen die wichtigsten Inflationsmaße weiter deutlich über dem selbst auferlegten Ziel der EZB von mittelfristig 2 Prozent. Und auf dem Weg dorthin gibt es noch viele (schmerzhaft) Hindernisse:



Quelle: Handelsblatt vom 30. April 2024, Seite 14

Aber selbst wenn die Europäische Zentralbank es in den nächsten Monaten schaffen sollte, die Inflationsrate im Euroraum wieder knapp unter die Zweiprozentmarke zu drücken; „ändern niedrige Inflationsraten nichts an der Tatsache, dass sich die Preise nun auf einem dauerhaft höheren Niveau befinden.“<sup>1</sup> Und was viele Anleger nicht berücksichtigen: die reduzierte Kaufkraft des Geldes wird durch sinkende Inflationsraten ja nicht wieder höher – sie wird nur langsamer immer weniger. „Selbst bei einer hypothetischen Inflationsrate von null Prozent im Jahr 2025 werden viele Bestandteile des Warenkorb 20 % oder 30 % teurer als vor einigen Jahren sein“.<sup>2</sup>

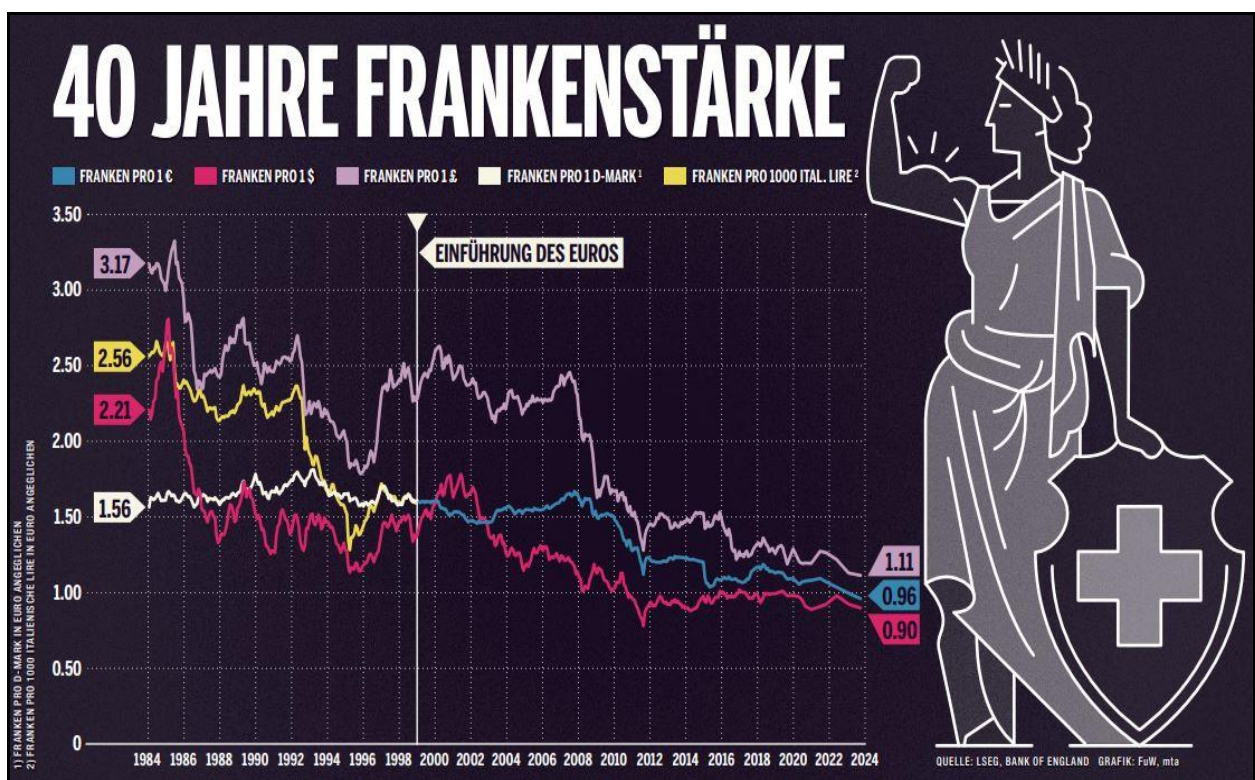
<sup>1</sup> M.M. Warburg & Co., Konjunktur und Strategie vom 20. Juni 2024, Seite 1.

<sup>2</sup> Siehe vorherige Fußnote. Die Bank schreibt in ihrer Analyse weiter: „Zum anderen muss davor gewarnt werden, dass das Erreichen der Zielmarke von zwei Prozent Inflation ... bedeutet, dass danach das Inflationsproblem grundsätzlich gelöst ist. Es gibt vielmehr viele Gründe zur Annahme, dass in den kommenden Jahren mit einer strukturell leicht höheren Inflationsrate zu rechnen ist. (Seite 1) „Geht man davon aus, dass die Welt Schritt für

Im Gegensatz zur Europäischen Zentralbank hat die Schweizerische Nationalbank vor wenigen Tagen bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Leitzinsen gesenkt, und zwar um weitere 0,25 Prozentpunkte auf jetzt 1,25 Prozent. Im Vergleich zum Euroraum liegt die Inflationsrate in der Schweiz aktuell aber auch nur bei 1,3 Prozent. Die Teuerung ist damit eine der niedrigsten unter den großen Volkswirtschaften und betrug selbst in der Spitze im Herbst 2022 lediglich 3,5 Prozent, während zur selben Zeit die Inflationsrate im Euroraum bei über zehn Prozent lag.<sup>3</sup>

Am **Devisenmarkt** kam es nach der kurzen Korrektur in den ersten drei Monaten des Jahres im zweiten Quartal wieder zu einem Anstieg des Schweizer Franken und damit zu einem Kursrückgang des Euro. Der Euro fiel von 0,97 auf 0,96 gegenüber dem Franken. Zu dem zwischenzeitlichen Kursanstieg des Euro gegenüber dem Schweizer Franken im ersten Quartal schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Mit zeitlichem Abstand wird sie [die Korrektur] wohl nur eine Randnotiz sein. So sind die meisten Devisenexperten überzeugt, dass sich am langfristigen Aufwertungstrend des Frankens wenig ändert. Dafür sprechen Trümpfe wie die institutionelle Stabilität der Schweiz, die niedrigere Inflation, die relativ moderate Staatsverschuldung und vieles mehr.“<sup>4</sup>

Und so ist es auch kein Wunder, dass der Schweizer Franken gegenüber allen wichtigen Währungen seit Jahrzehnten immer stärker wird, oder anders herum: alle anderen Währungen werden ständig schwächer:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 6. April 2024, Seite 2

So erkennt man in der obigen Grafik, dass ein US-Dollar (rote Linie) nur noch 40 Prozent dessen wert ist, was Anfang des Jahres 1984 für ihn bezahlt werden

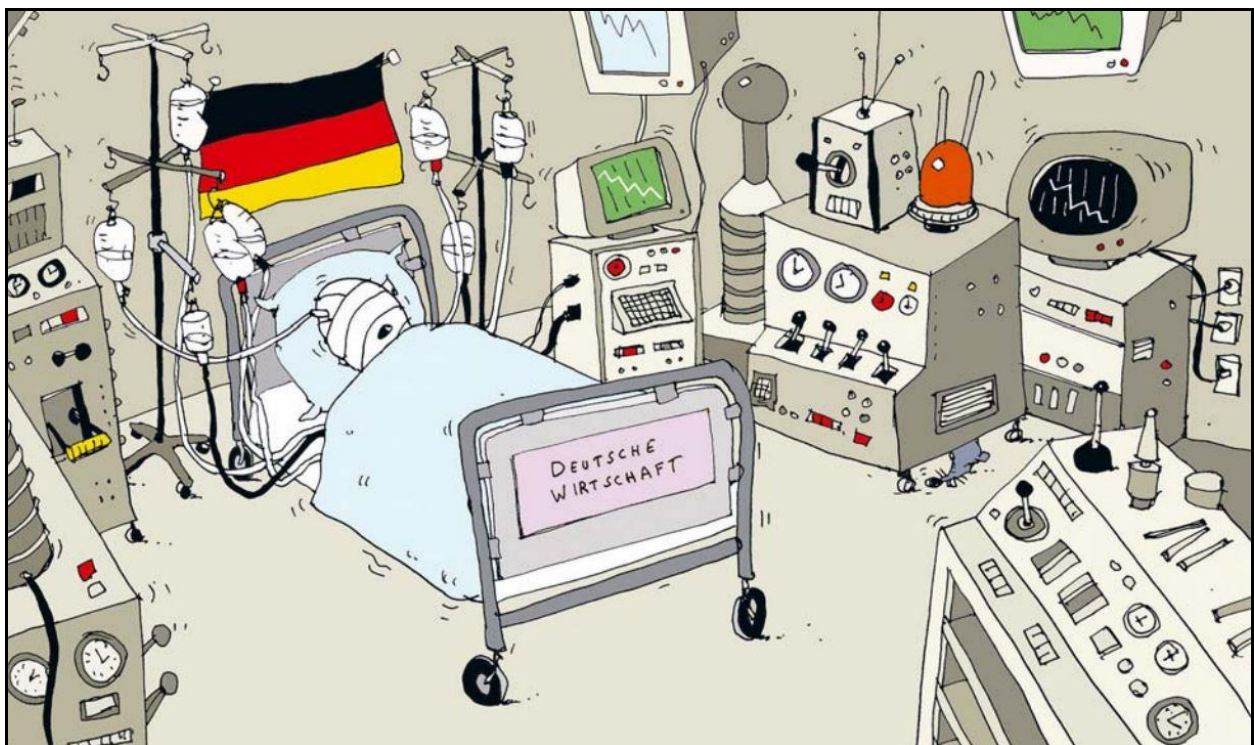
Schritt in zwei wirtschaftliche Sphären zerfällt (westliche Welt vs. autokratische Staaten), könnte dies bei dann steigenden Zöllen im Handel zwischen diesen beiden Blöcken zu inflationären Effekten führen.“ (Seite 2)

<sup>3</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Juni 2024, Seite 29.

<sup>4</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Mai 2024, Seite 23.

musste. Das Pfund (lila Linie) ist nach 40 Jahren nur noch rund ein Drittel wert. Und auch der Euro (blaue Linie) stellt hier keine Ausnahme dar. Er wurde 1999 eingeführt und ersetzte damals zwölf nationale Währungen, harte Währungen wie die D-Mark (weiße Linie) genauso wie instabile Hochinflationwährungen wie die italienische Lira (gelbe Linie). Die Erfahrung seither zeigt, dass sich der Euro zum Franken vergleichbar weiter abschwächte wie zuvor die Lira. Hingegen hatte sich die D-Mark bis zum Jahr 1999 stabil gegenüber dem Schweizer Franken gehalten.

Angesichts der schlechteren ökonomischen und auch politischen Situation des Euroraums – und hier ist insbesondere der Zustand von Deutschland besorgniserregend! – wird sich die **Abwertungstendenz des Euro gegenüber dem Schweizer Franken** in Zukunft weiter fortsetzen. Denn die deutsche Wirtschaft liegt auf der Intensivstation:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. April 2024, Seite 16

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelt: „Standort Deutschland wird immer unattraktiver“ und zitiert die aktuelle Rangliste der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, die das *International Institute for Management Development* (IMD) in Lausanne seit 36 Jahren veröffentlicht, nach der Deutschland zwei weitere Plätze abgerutscht ist.<sup>5</sup> Die Statistik untersucht vier zentrale Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit: Volkswirtschaft (Wachstum, Preise, Offenheit, Beschäftigung usw.), Effizienz des Staates, Business-Klima (inklusive Arbeits- und Kapitalmarkt) und Infrastruktur.<sup>6</sup> Inzwischen ist Deutschland unter 67 verglichenen Ländern nur noch auf Platz 24 vertreten. Das *Handelsblatt* sorgt sich: „Unter den wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt ist Deutschland binnen einer Dekade von Rang sechs auf 24 zurückgefallen.“<sup>7</sup> Übrigens: die Schweiz liegt in dieser Rangliste auf Platz 2!

<sup>5</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Juni 2024, Seite 17.

<sup>6</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Juni 2024, Seite 25. Insgesamt wird auf 164 statistische Indikatoren zurückgegriffen, um die Rangliste zu erstellen.

<sup>7</sup> *Handelsblatt* vom 24. Juni 2024, Seite 12.

Das *Handelsblatt* schreibt zur Situation Deutschlands in einer Überschrift: „Hoffnungslos abgehängt“ und kommt zu der traurigen Erkenntnis: „Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt wird auf absehbare Zeit zwischen Stillstand und Rezession taumeln – und das selbstverschuldet.“<sup>8</sup> Aber wo liegen die Ursachen für den relativen Rückstand des Euroraumes und insbesondere von Deutschland? Professor *Hans-Werner Sinn* stellt fest: „Die deutsche Industrieproduktion fiel seit 2018 um neun Prozent, während die EU im Durchschnitt um fast vier Prozent zulegte, die Schweiz sogar um 20 Prozent.“<sup>9</sup> Er benennt schonungslos die Gründe für den Rückstand und fordert: „Wir sollten vielmehr erst mal jene Teile des alten Geschäftsmodells reaktivieren, die wir mit politischen Entscheidungen kaputtgemacht haben.“ „... mit den Verbrennerverboten, dem Atomausstieg, dem neuen Protektionismus der EU nach dem Brexit und nicht zuletzt der schleichenden Rückabwicklung der Agenda 2010.“<sup>10</sup>

Einer der Vorschläge von Professor Sinn für eine bessere wirtschaftliche Situation lautet: „Es bleibt uns nichts anders übrig, als länger zu arbeiten.“<sup>11</sup> Also genau das Gegenteil dessen, was aktuell in Deutschland mit der Einführung der Viertagewoche und einem besseren Gleichgewicht zwischen Freizeit und Beruf diskutiert wird. Dabei sind die Arbeitszeiten in Deutschland schon jetzt mit die niedrigsten in der Welt:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Juni 2024, Seite 15

Während Deutschland sowohl bei der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit als auch bei der Wochenarbeitszeit am Ende der obigen Grafik rangiert, liegt Griechenland in beiden Fällen an erster Stelle. Beide Länder haben übrigens mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Die Lösungsansätze könnten jedoch nicht unterschiedlicher sein: Deutschland möchte immer weniger arbeiten (Stichwort Viertagewoche) und

<sup>8</sup> *Handelsblatt* vom 18. April 2024, Seite 16.

<sup>9</sup> *Hans-Werner Sinn* in dem sehr lesenswerten Interview mit dem *Handelsblatt* vom 26. - 28. April 2024 auf den Seiten 48 und 49, hier Seite 48. Sinn leitete von 1999 bis 2016 das *ifo-Institut* in München.

<sup>10</sup> Siehe vorherige Fußnote.

<sup>11</sup> Siehe Fußnote 9.

Griechenland führt die Sechstageswoche ein. Ab dem 1. Juli wechselt Griechenland von der Fünf- auf die Sechstageswoche. Die Arbeitszeitverlängerung erfolgt auf freiwilliger Basis und wird mit einem Lohnaufschlag von 40 Prozent an einem Samstag und von 115 Prozent an einem Sonn- oder Feiertag vergütet.<sup>12</sup> Man stelle sich den Aufschrei der Parteien auf dem linken Spektrum vor, wenn in Deutschland ein solches Gesetz wie in Griechenland verabschiedet worden wäre!

Deutschland ist auf dem Rückzug – aber nicht in jeder Hinsicht. *The Pioneer Briefing* schreibt süffisant: „**Deutschland fällt zurück**, heißt es allenthalben. In einem einzigen Bereich allerdings trifft diese Beschreibung nicht zu. Stichwort Wohlfahrtsstaat: Auf diesem Feld ist Deutschland die globale Nummer eins. Unangefochten. Uneinholbar. Diese Zuwachsraten gibt es nirgendwo. Ins Polemische gewendet könnte man auch sagen: Im 19. Jahrhundert haben die Deutschen das Automobil erfunden, im 20. Jahrhundert die Kernspaltung und im 21. Jahrhundert das Bürgergeld. Es ist heute die großzügigste Sozialleistung auf Erden, was von Kiew bis Kenia für Aufsehen sorgt, da diese milde Gabe an keine Nationalität gebunden ist.“<sup>13</sup>

Professor *Hans-Werner Sinn* beklagt: „Allein seit 2020 wurde das Volumen des Bürgergeldes um 30 Prozent vergrößert, weitaus mehr als das Preisniveau anstieg.“<sup>14</sup> *Martin Herrenknecht* äußert sich gewohnt deutlich: „Beim Bürgergeld geht es gar nicht so sehr um die Höhe, aber das Bürgergeld unterstützt die Faulenzer, die zu Hause sitzen, sich die Miete und den Strom bezahlen lassen. Die, die am Morgen arbeiten gehen, sind dagegen die Deppen. Der Abstand zwischen Bürgergeld und dem Lohn für diejenigen, die arbeiten, ist viel zu klein.“<sup>15</sup> Professor *Udo Di Fabio* sorgt sich: „Heute zeigt nicht nur die Entwicklung beim Bürgergeld, dass es bedenkliche Verschiebungen gibt.“ „Wenn der Staat ohne ausreichende Rücksicht auf das Geleistete oder die Leistungsbereitschaft Bedürfnisse durch Sozialleistungen deckt, gerät das System in Schiefelage.“<sup>16</sup> *Daniel Stelter* geht noch einen Schritt weiter in seiner Argumentation: „Die Ampel, als Fortschrittskoalition angetreten, ist eher eine Schneller-und-weiter-wie-bisher-Koalition, die mit Bürgergeld, Rentenpaket und Kindergrundsicherung konsequent auf mehr staatliche Rundumversorgung setzt, um dann einen Mangel an finanziellen Ressourcen zu beklagen.“<sup>17</sup>

Eigentlich wäre in der aktuellen Situation jetzt Sparen im Bundeshaushalt angesagt, aber dazu sind die drei Koalitionspartner offensichtlich nicht bereit oder nicht in der Lage:

---

<sup>12</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Juni 2024, Seite 15.

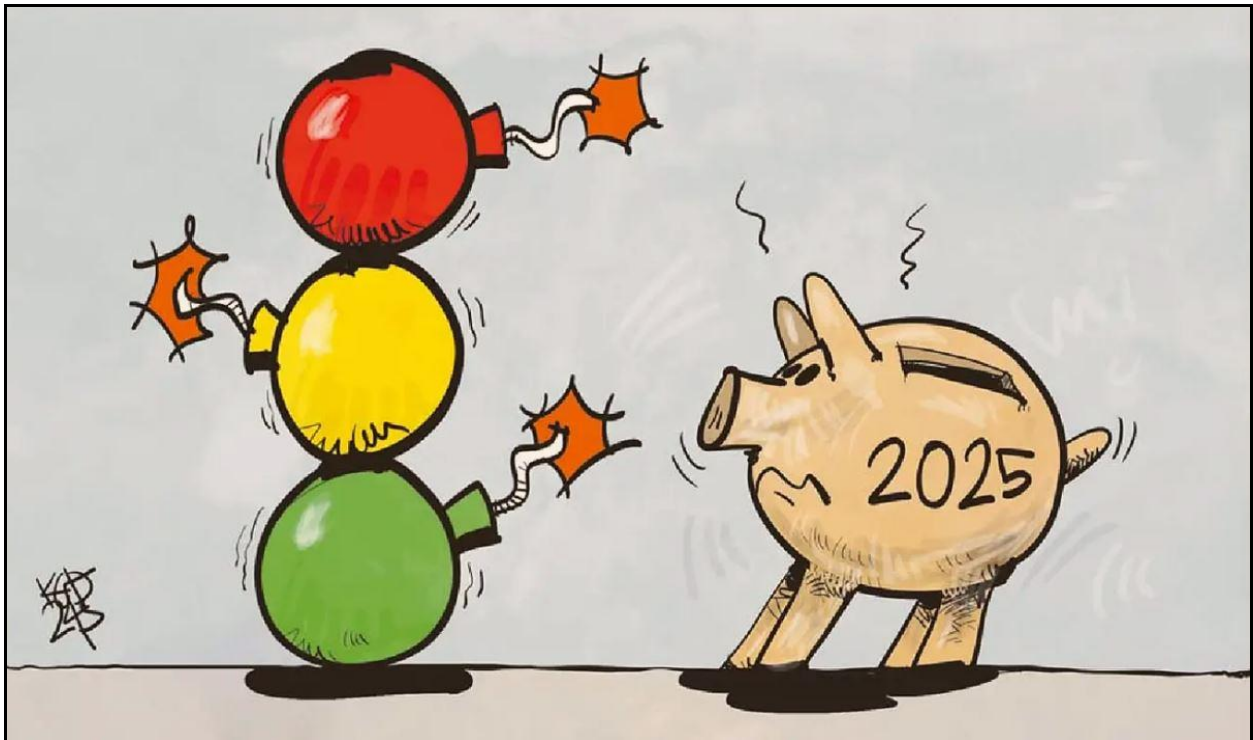
<sup>13</sup> *The Pioneer Briefing* von Gabor Steingart vom 18. Juni 2024. Hervorhebung im Original.

<sup>14</sup> *Hans-Werner Sinn* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 26. - 28. April 2024 auf den Seiten 48 und 49, hier Seite 48.

<sup>15</sup> *Martin Herrenknecht* im Interview „Die Ampel zerstört den Mythos von Made in Germany“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 12. April 2024, Seite 26. Herrenknecht ist einer der bekanntesten deutschen Mittelständler. Seine Tunnelbaumaschinen sind überall auf der Welt im Einsatz. Zu seinen bedeutendsten Projekten zählen der Gotthardtunnel und der Brennerbasistunnel.

<sup>16</sup> *Udo Di Fabio* im Interview „Wir haben unseren Instinkt für den Standort verloren“ mit der *WirtschaftsWoche* vom 24. Mai 2024 auf den Seiten 22 bis 28, hier Seite 28. Di Fabio ist Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn und war in den Jahren 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht.

<sup>17</sup> *Daniel Stelter* im seinem Essay „Die Kunst des nachhaltigen Investierens“ in der *WirtschaftsWoche* vom 21. Juni 2024 auf den Seiten 38 und 39, hier Seite 38. Dr. Daniel Stelter ist Makroökonom und Strategieberater. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zählt ihn zu den 100 einflussreichsten Ökonomen Deutschlands.



Quelle: *Handelsblatt* vom 13. Mai 2024, Seite 16

Schon in Zeiten, in denen es zusätzliche Einnahmen zu verteilen gibt (Stichwort: steigende Steuereinnahmen, sinkende Zinsausgaben oder die ausgesetzte Schuldenbremse), sind Gespräche über den Bundeshaushalt schwierig. Aber jetzt geht es nicht mehr darum, mehr zu bekommen, sondern darum, weniger zu verlieren. Und darüber kriegt sich die Ampel in die Haare.

Das *Handelsblatt* titelt: „Willkommen im Ampel-Kindergarten“ und schreibt: „Die Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend in ihrem Eindruck bestätigt, von einer Laienschauspieltruppe regiert zu werden.“<sup>18</sup> Der Nachrichtendienst *The Pioneer Briefing* macht insbesondere die Partei der Grünen für den wirtschaftlichen und auch politischen Niedergang Deutschlands verantwortlich und schreibt: „Die Grünen sind zur Gefahr für die politischen Parteien der Mitte geworden. Mit ihrer **Pose aufdringlicher Selbstgewissheit bei gleichzeitiger Ignoranz der marktwirtschaftlichen Gesetze**, versauen die Grünen den anderen Parteien – CDU, CSU, FDP und SPD – die Stimmung, sodass es zu dem kommt, was die Psychologen ‚emotionale Ansteckung‘ nennen.“<sup>19</sup> Und die Zeitschrift *Capital* ergänzt: „wo verbohrt Ideologie den Ton angibt, ist Ökonomie nicht gefragt.“<sup>20</sup>

Um das Problem auf den Punkt zu bringen: Deutschland gibt **zu viel Geld für Sozialausgaben** (also vergangenheitsorientierter Konsum, wie zum Beispiel Renten) und zu wenig Geld für zukunftsbezogene Dinge aus (also Investitionen, zum Beispiel in die Infrastruktur). *DER SPIEGEL* moniert in einer Überschrift: „Jeder zweite Euro geht an den Staat: Die öffentlichen Kassen beanspruchen immer mehr Geld, die Steuerquote läuft auf neue Höchstmarken zu. Das kostet Wachstum und Wohlstand.“<sup>21</sup>

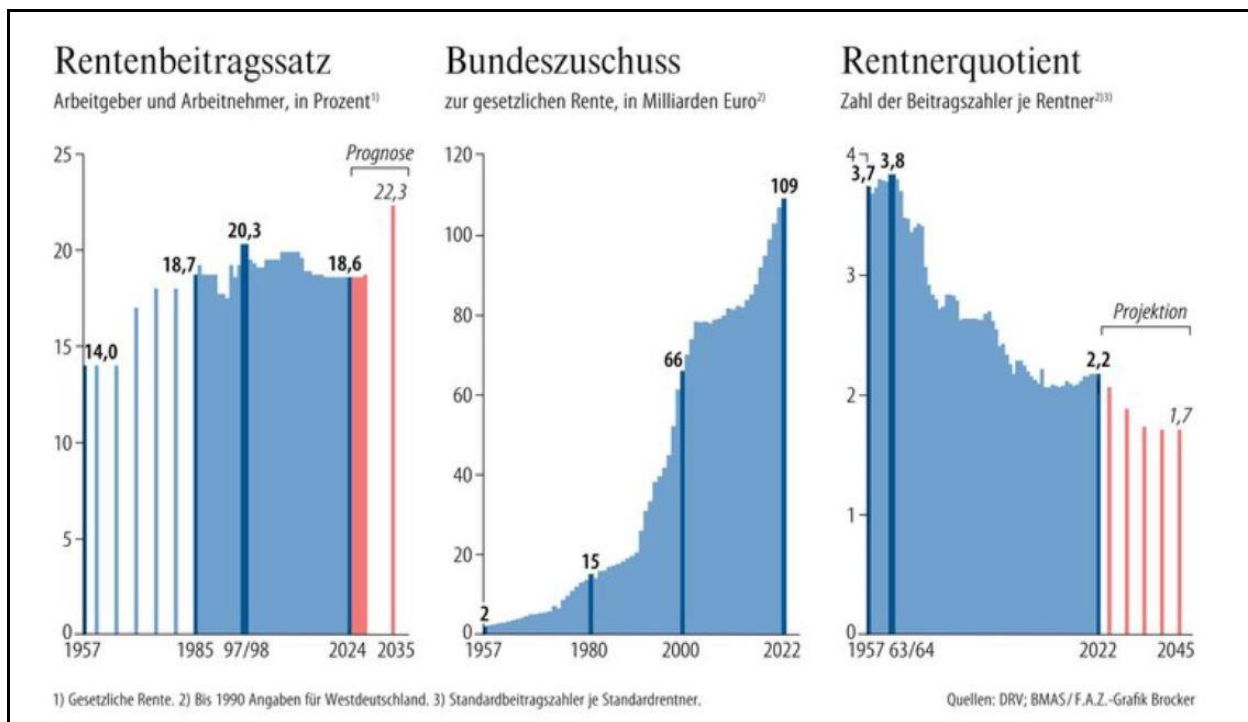
<sup>18</sup> *Handelsblatt* vom 8. Mai 2024, Seite 15.

<sup>19</sup> *The Pioneer Briefing* von Gabor Steingart vom 7. Mai 2024. Hervorhebung durch *Schmitz & Partner*.

<sup>20</sup> *Capital* vom Juli 2024, Seite 8.

<sup>21</sup> *DER SPIEGEL* vom 22. Juni 2024, Seite 57. Das Nachrichtenmagazin stellt in seinem Artikel auf den Seiten 57 bis 59 unter anderem fest: „Die obere Hälfte der Einkommensbezieher bringt mittlerweile 94 Prozent des

Der aktuelle Bundesetat beläuft sich auf 477 Milliarden Euro. Davon sind allein 116 Milliarden Euro als Zuschuss für die Rentenversicherung vorgesehen, weil diese „Versicherung“ sich schon seit Jahrzehnten nicht mehr alleine finanzieren kann. Für das Bürgergeld stellt die Regierung 47 Milliarden Euro zur Verfügung und 40 Milliarden Euro sind als Zinsen für Staatsschulden zu bezahlen.<sup>22</sup> Wie stark allein der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist, erkennt man an dem mittleren Drittel in der unten stehenden Grafik:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Juni 2024, Seite 31

*Martin Herrenknecht* formuliert sehr deutlich: „Wir müssen klipp und klar sagen, die Sozialleistungen, die im Haushalt stehen, sind überzogen. Wenn wir so weitermachen, gibt es irgendwann keine Rente mehr, und wir können die Sozialleistungen nicht mehr bezahlen.“ Und weiter: „Das Verhältnis zwischen den Sozialausgaben und der erwirtschafteten Leistung ist völlig aus dem Ruder gelaufen. ... Die nächste Generation wird horrend Summen aufbringen müssen, um den Sozialhaushalt noch bedienen zu können. Das ist verrückt.“<sup>23</sup>

Die Sozialausgaben in Deutschland sind in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen, sie dürfen jetzt nur noch unterproportional steigen – oder besser: sogar sinken. Aber anstatt innerhalb der Ausgabenliste im Bundeshaushalt Umschichtungen vorzunehmen, auf Neudeutsch: zu priorisieren, möchte insbesondere die SPD lieber die erfolgreiche Schuldenbremse zum wiederholten Male aussetzen, oder noch besser aus

---

Aufkommens auf, die oberen zehn Prozent deutlich mehr als die Hälfte. Derzeit fällt schon unter den Spitzensteuersatz, wer das 1,6-Fache des Durchschnittslohns verdient. Zum Vergleich: In den Sechzigerjahren griff der Spitzensteuersatz, der damals noch höher lag, erst beim 18-Fachen des Durchschnittsverdienst.“ (Seite 58)

<sup>22</sup> Vgl. *DER SPIEGEL* vom 22. Juni 2024, Seite 59.

<sup>23</sup> *Martin Herrenknecht* im Interview „Die Ampel zerstört den Mythos von Made in Germany“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 12. April 2024, Seite 26.



der Sicht der Partei ganz abschaffen, als die Höhe der Sozialausgaben in Frage zu stellen:



Quelle: *Handelsblatt* vom 19. Juni 2024, Seite 12

Es wäre der größte ökonomische Unsinn, Hand an die erfolgreiche Schuldenbremse zu legen. „Stattdessen ist es höchste Zeit, die unbeschränkten Wünsche an das Gemeinwesen wieder zu beschränkten Möglichkeiten der Wirtschaft zurückzubinden.“<sup>24</sup> Auch in diesem Punkt ist die Schweiz ein Vorbild für Deutschland. Die Eidgenossenschaft hat vor rund 20 Jahren erfolgreich eine Schuldenbremse beschlossen. Das Ergebnis: die Schweiz hat eine Staatsschuldenquote von lediglich 26 Prozent im Vergleich zu rund 60 Prozent in Deutschland und knapp 100 Prozent im Euroraum.<sup>25</sup>

Und um noch einmal *Daniel Stelter* zu zitieren: „ist es allemal besser, an der Schuldenbremse festzuhalten, als jenen mehr Geld zu geben, die wieder und wieder bewiesen haben, dass sie mit dem Geld der Steuerzahler nicht treuhänderisch, sondern verschwenderisch umgehen.“<sup>26</sup>

Sehr erfreulich haben sich im ersten Halbjahr 2024 die von *Schmitz & Partner* favorisierten Anlagen in den Edelmetallen **Gold** und **Silber** entwickelt:

<sup>24</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Mai 2024, Seite 19.

<sup>25</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2024, Seite 17. In dem Interview mit der Schweizer Finanzministerin *Karin Keller-Sutter* wird noch einmal die Binsenweisheit betont: „Jeder Haushalt kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Das erwartet man auch vom Staat.“ Aber weiß das auch die SPD?

<sup>26</sup> *Daniel Stelter* im seinem Essay „Die Kunst des nachhaltigen Investierens“ in der *WirtschaftsWoche* vom 21. Juni 2024 auf den Seiten 38 und 39, hier Seite 39.



Quelle: *Handelsblatt* vom 23. Mai 2024, Seite 14

Gold konnte in den ersten sechs Monaten des Jahres rund 15 Prozent zulegen, Silber sogar fast 30 Prozent. Bei Gold haben die vermehrten Käufe von internationalen Zentralbanken für steigenden Kurse gesorgt. Viele Staaten wollen sich gegen mögliche Sanktionen des Westens immunisieren und sich unabhängiger vom US-Dollar machen. Das könnte zum Beispiel auf China zutreffen, das seine kriegerischen Absichten gegenüber Taiwan kaum verschleiert.<sup>27</sup>

Im Gegensatz zu Gold ist Silber nicht nur ein Edelmetall, sondern auch ein Industriemetall. Und damit profitiert es von zwei Megatrends: Silber ist zum einen für die Energiewende notwendig, weil es in Solarmodulen verbaut wird. Zum anderen unterstützt es den aktuellen Boom bei der Künstlichen Intelligenz, weil es in den Chips als Supraleiter eingesetzt wird. Die somit entstehende höhere Nachfrage könnte in Zukunft zu einer Angebotsknappheit und weiter steigenden Silberpreise führen.<sup>28</sup>

Davon profitiert insbesondere der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds, in dem fast ein Viertel des Fondsvermögens in Gold und Silber investiert ist.

Beide *Schmitz & Partner* Investmentfonds haben im ersten Halbjahr 2024 eine überzeugende Wertentwicklung für unsere Anteilseigner erwirtschaftet: der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds steht per 30.06. bei einem Plus von 8,6 Prozent, der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds bei einem Gewinn von 4,9 Prozent. Wie gut dieser Fonds auch im längerfristigen Vergleich abschneidet, sieht man im nächsten Absatz und in der beiliegenden Fondsanalyse.

<sup>27</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 23. Mai 2024, Seite 14.

<sup>28</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 27. Mai 2024, Seite 47.

Eine aktuelle **Fondsanalyse** aus dem Anlegermagazin *Smart Investor* vom Juli 2024 über den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds haben wir diesem Kommentar beigefügt. Besonders erfreulich ist der Absatz: „In der Fondsstatistik von ‚DAS INVESTMENT‘ zählt der SPGD in der Kategorie ‚Mischfonds Defensiv Welt‘ in unterschiedlichen Zeiträumen (Stand: 19.6.2024) zu den Top-Fonds. Auf Sicht der letzten drei Jahre liegt der Fonds auf Rang 29 von 369. Noch eindrucksvoller ist die Performance über fünf Jahre: In diesem Zeitraum lässt der Fonds rund 96% seiner Peergroup hinter sich (Rang 12 von 341 beobachteten Fonds).“